

Initiativantrag

der sozialdemokratischen Abgeordneten des Oö. Landtags betreffend Hitzeschutzpaket für alle 438 Gemeinden

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, zum Schutz von vulnerablen Gruppen wie Kindern, kranken und älteren Menschen vor Hitze in kommunalen Einrichtungen ein Investitions-förderpaket im Ausmaß von 100 Millionen Euro zu schnüren.

Begründung

Ende Juni 2026 hat eine außergewöhnliche Hitzewelle in Europa die Auswirkungen des Klimawandels in neuer Dramatik gezeigt. Die Zahl der Hitzetage und Tropennächte steigt kontinuierlich, belastende Hitzeperioden dauern länger an und die Temperaturen erreichen gesundheitlich gefährliche Werte. In Linz wurde mit 39,3 Grad ein neuer Allzeit-Höchstwert gemessen. (Klein-)Kinder, Pflegebedürftige, Kranke und Alte leiden besonders unter der Hitze, wenn sie sich in aufgeheizten Gebäuden aufhalten müssen.

Kindergärten und Krabbelstuben, Schulen, Alten- und Pflegeheime sowie soziale Einrichtungen müssen daher baulich an die klimatischen Bedingungen angepasst werden. Hitzeschutzmaßnahmen wie Dämmung, außenliegender Sonnenschutz und – wo notwendig – technische Kühlung, sind dabei ebenso wichtig wie die Begrünung der Umgebung. Bäume und Grünflächen machen den Aufenthalt in Innenhöfen, auf Spielplätzen, an Bushaltestellen und auf Parkplätzen bei extremen Temperaturen erträglicher. Im Nahebereich überhitzter Gebäude und Plätze sollten zumindest kühle Rückzugsorte zur Verfügung stehen.

Die Gemeinden stehen unter erheblichem finanziellem Druck, weshalb ihnen für die Adaptierung ihrer Infrastruktur die notwendigen Mittel fehlen. Dringend erforderliche Investitionen werden vielfach aufgeschoben. Besonders problematisch ist, dass selbst bei Neubauprojekten gebäudekühlende Maßnahmen im Kostendämpfungsverfahren gestrichen werden. Die unterzeichneten Abgeordneten fordern daher verbindliche Hitzeschutzstandards für Neubau und Sanierung bei der Projektabwicklung und einen finanziellen Impuls des Landes, der es jeder Gemeinde in Oberösterreich ermöglicht, Hitzehotspots zu entschärfen. Soweit es zum Schutz der vulnerablen

Gruppen notwendig ist, sind bei zukünftigen Budgetvorlagen zusätzliche Mittel als Investitionsförderung für den Hitzeschutz zu veranschlagen.

Linz, am 3. Juli 2026

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Engleitner-Neu, Schaller, Wahl, P. Binder, Heitz, Knauseder, Antlinger, Höglinger, Haas, Margreiter, Strauss